Wiederaufbau oder Zusammenbruch?

von

Leo Stahl

★

Sonderabdruck aus der Frankfurter Zeitung

Wiederaufbau

oder

Zusammenbruch?

Eindrücke
aus dem Industriegebiet.

Von

Leo Stahl.

Frankfurt am Main
Druck und Verlag der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
1920

Vorbemerkung.

Auf einer Reise durch das Industriegebiet sind die folgenden Aufsätze entstanden. Sie versuchen ein Bild zu geben von der verhängnisvollen Rückwirkung des durch die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau verursachten Förderausfalls an Kohle. Unser gesamtes Wirtschaftsleben droht daran zu Grunde zu gehen. Sein Schicksal — Wiederaufbau oder völliger Zusammenbruch — liegt in der Hand der Bergarbeiter. Diesen den ganzen Ernst der Lage, die ungeheure Tragweite ihrer Verantwortung zum Bewußtsein zu bringen, ist das Ziel dieser Veröffentlichung.

Die Aufsätze sind zuerst in der „Frankfurter Zeitung" erschienen.

L. St.

Digitized by the Internet Archive
in 2014

https://archive.org/details/wiederaufbauoder00stah

Kohle und Wirtschaft.

Zwischen Duisburg und Dortmund, in dem zu einem einzigen zusammenhängenden Industriegelände gewordenen, von rußgeschwärzten Fluten durchzogenen Tälern der Ruhr und der Wupper schlägt das Herz der deutschen Wirtschaft. Hämmert es im fiebernden Takt, so fiebert ganz Deutschland mit ihm, verlangsamt sich sein Schlag, dann wird auch der Pulsschlag des deutschen Wirtschaftslebens schwächer und schwächer. Krankheiten, die den ganzen Körper ergriffen haben, treten darum auch hier, von wo alle Kraft- und Energiequellen ausströmen und wieder zusammenlaufen, deutlicher und sinnfälliger in Erscheinung denn anderswo. Die äußeren Zeichen wirtschaftlichen Verfalls, die einem heute in ganz Deutschland auf Schritt und Tritt vor Augen treten, hier drängen sie sich zu einem Bilde von wahrhaft erschreckenden Dimensionen zusammen. Ausgedehnte Werkanlagen, die einst Tag und Nacht widerhallten von dem Dröhnen der Arbeit, liegen heute verlassen, Hochöfen und Maschinen, die nicht eine Stunde im Jahre stillagen, rosten außer Betrieb gesetzt langsamem Zerfall entgegen. Magazine und Lagerhallen, die vordem die Fülle erzeugter Güter nicht zu fassen vermochten, sind leer, wie die Taschen eines Handwerksburschen, und wo früher Güter- und Personenzüge in unaufhörlicher Folge rollten, ist der Eisenbahnverkehr auf ein Minimum zusammengeschrumpft.

Der von Woche zu Woche katastrophaler werdende Mangel an Kohle, der im ganzen Lande täglich neue Industrien zum Erliegen bringt, macht sich im Industriegebiet ganz besonders fühlbar. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß hier oben die Werke, die die Kohle buchstäblich vor der Türe liegen haben, in der Belieferung besser gestellt wären als etwa in Süd- oder Mitteldeutschland. Selbst die gemischten Betriebe, die über eigene Zechen in genügender Anzahl verfügen, müssen es sich gefallen lassen, daß ihre selbstgeförderten Kohlen oft

noch in eigenen Wagen weggefahren werden nach Orten, wo das Bedürfnis dringlicher, ihre Verwendung im Interesse der Allgemeinheit notwendiger ist als bei ihnen selbst. Bei Krupp liegt neben vielen anderen Betrieben seit Monaten eines der größten Martinsstahlwerke still, obwohl es noch nicht einen Büchsenschuß entfernt ist von dem Eingang einer der ergiebigsten Gruben. Ja so weit ist es schon gekommen, daß einzelne Zechen selbst feiern mußten, weil die Kraftwerke die Stromlieferung zum Betriebe der Förderanlagen infolge Kohlenmangels eingestellt haben. Anderen Gruben droht gleiche Gefahr. Hier ist es das Ausbleiben der seit Monaten bestellten Maschinen und Werkzeuge, dort ein Defekt am letzten noch betriebsfähigen Förderseil, für das Ersatz nicht zu beschaffen ist, auf einer dritten der Mangel an Grubenlampen, die die in ihrer Produktionsfähigkeit aufs äußerste eingeschränkten Fabriken in der erforderlichen Menge nicht mehr zu liefern imstande sind, was die Zechenanlagen mit völliger Stillegung bedroht.

Ein heilloser circulus vitiosus: Jeder Ausfall der Kohlenförderung zwingt zu weiteren Betriebseinschränkungen in der Industrie, und deren verringerte Produktionsfähigkeit wirkt zurück auf die Zechen in verhängnisvoller Wechselwirkung. Tritt hier nicht bald eine Wendung zum Besseren ein, dann läßt sich fast mit mathematischer Sicherheit der Tag berechnen, an dem die deutsche Wirtschaft an innerem Kräfteverfall zusammenbrechen muß.

Mehr denn zu irgend einem früheren Zeitpunkt ist heute die Frage des Wiederaufbaues oder des Zusammenbruches unseres gesamten Wirtschaftslebens ein Frage der Kohlenförderung. Was wir heute aus unseren Bergwerken herausholen, das reicht nicht aus, um unseren vertraglich festgelegten Lieferungen an die Entente nachzukommen und zugleich unsere Industrie auch nur in dem gegenwärtig aufs äußerste reduzierten Umfang aufrechtzuerhalten, geschweige denn deren Produktion in dem für die Selbsterhaltung des deutschen Volkes notwendigen Maße zu steigern. Im Ruhrrevier, dem einzigen Kohlengebiet, das uns der Friedensvertrag von Versailles unbestritten gelassen hat, ist die Förderung von 114.5 Millionen Tonnen im letzten Friedensjahr auf rund 70 Millionen Tonnen im Jahre 1919 gesunken. Das abgelaufene Jahr hat also mit einem Fehlbetrag von rund 44 Millionen Tonnen abge-

schlossen, ein Ausfall, der in der Tat unwiederbringlich ist. Vergegenwärtigt man sich, daß wir vor dem Kriege mit Einschluß des Saarreviers und der oberschlesischen Gruben eine Jahresproduktion von rund 192 Millionen Tonnen hatten, von denen wir 157.8 Millionen im eigenen Lande verbrauchten, daß wir ferner von der uns gegenwärtig zur Verfügung stehenden, auf weniger als die Hälfte reduzierten Menge auf Grund der Versailler Bestimmungen jährlich 43 Millionen Tonnen — eine Summe, die auf dringliche Vorstellungen hin widerruflich auf 20 Millionen ermäßigt worden ist, — an die Entente abzuführen haben, so wird man sich ein ungefähres Bild machen können von dem wahrhaft katastrophalen Ausmaß unserer Kohlennot.

Wie sehr die gesamte industrielle Arbeit darunter notleidet, davon mögen einige Zahlen einen ungefähren Begriff geben.

Gefördert wurden in den letzten Monaten im

Ruhrrevier . . .	etwa 6½	Millionen Tonnen,
Oberschlesien . . .	„ 2½	„ „
Mitteldeutschland usw.	„ 1	Million „

Das macht eine monatliche Gesamtförderung von rund 10 Millionen Tonnen. Davon werden ihrer Bedeutung für das gesamte wirtschaftliche Leben entsprechend in erster Linie beliefert die Staatsbahnen, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Wie karg die Belieferung für diese lebensnotwendigsten Zwecke ist, das erfährt die großstädtische Bevölkerung täglich am eigenen Leibe, wenn sie die weiten Wege von und zur Arbeitsstätte statt mit der Straßenbahn zu Fuß zurücklegen muß, wenn sie mittags auf die warme Mahlzeit verzichten oder bei spärlichem und teuerem Kerzenlicht die Abende verbringen muß, weil Gas- und Elektrizitätslieferungen auf ein Minimum eingeschränkt sind. Eine weitere Verkürzung der Kohlenzuweisungen für diese Zwecke ist ausgeschlossen. Darüber hinaus aber bleiben nach Abzug der völlig unzureichenden Mengen für Küchen- und Hausbrand, für den Bedarf der gesamten Industrie einschließlich der Privatbahnen etwa 3 Millionen Tonnen (im November 1919: 3,032 Millionen Tonnen) übrig. Darin ist aber bereits auch der gesamte nicht geringe Eigenverbrauch

der Hüttenzechen enthalten. Leider fehlt es an einer zusammenfassenden Uebersicht, aus der die furchtbare Schädigung der Industrie in ihrer ganzen Größe ersichtlich wäre. Einen Anhaltspunkt geben indessen einige Zahlen aus Industrien, deren Zusammenfassung in Verbänden eine genauere Statistik ermöglicht:

Die Zementindustrie verbrauchte im Frieden monatlich 300 000 Tonnen Kohlen, jetzt erhält sie monatlich zirka 65 000 Tonnen, darunter geringwertige für ihre Zwecke ungeeignete Kohlensorten.

Die Kalkindustrie verbrauchte im Frieden monatlich 250 000 Tonnen, jetzt erhält sie monatlich 70 000 Tonnen, darunter Rohbraunkohle.

Die Porzellanindustrie verbrauchte im Frieden monatlich 60 000 Tonnen, jetzt erhält sie monatlich 25 000 Tonnen zugewiesen.

An Ziegeleien hatten wir vor dem Kriege 18 000 in Betrieb, heute können infolge Kohlenmangels nur 1200 bis 1300 arbeiten.

Diese Zahlen geben auch einen Einblick in den Zusammenhang von Kohlennot und Wohnungsnot. Und wenn wir dazu noch die schweren Einschränkungen des Kalibergbaus nehmen, der jetzt mit Hochdruck produzieren müßte für unsere eigene Landwirtschaft, die nach Düngemitteln schreit, und für den Export nach dem Auslande, dann haben wir auch einen Anhaltspunkt für den Zusammenhang zwischen Kohlennot und Ernährungsnot.

Diesen Nöten durch Einfuhr von Kohle aus dem Auslande — als einziges Ueberschußgebiet kommt für uns zurzeit Amerika in Betracht — zu begegnen, verbietet die unerschwingliche Höhe der Preise und der Tiefstand unserer Valuta. Es bleibt also als einzige Rettung die Steigerung der eigenen Produktion, die aber nach dem übereinstimmenden Urteil aller Sachverständigen nur möglich ist durch Ueberschichten oder Ueberstunden in den Bergwerken. Auch die besonnenen Führer der Arbeiterschaft vermögen sich dieser Erkenntnis nicht zu verschließen. Denn wenn auch die Förderziffern seit einigen Monaten eine erfreuliche Tendenz nach oben aufweisen, und selbst wenn man annimmt, daß der Arbeitseffekt allmählich wieder dem der Vorkriegszeit nahekommt, so darf man doch nicht vergessen, daß eine der Hauptursachen — natürlich nicht die einzige — der Minderproduktion in der Einfüh-

rung der Siebenstundenschicht liegt, die die Arbeitszeit in den Ruhrbergwerken um anderthalb Stunden verkürzt hat. Bei dem physischen Zustand, in dem sich die Bergarbeiterschaft zur Zeit befindet, muß es als ausgeschlossen gelten, daß diese Verkürzung der Arbeitsdauer in der Erhöhung des Arbeitseffektes ihren vollen Ausgleich findet. Auch hier gibt es Grenzen, die nicht überschritten werden können. Bei einer Schichtdauer von 7 Stunden, bei der bekanntlich Ein- und Ausfahrt mit einbegriffen ist, beträgt die eigentliche Arbeitszeit nur etwa 5¼ Stunden gegen früher 7 Stunden. Um diesen Zeitverlust auszugleichen, bedürfte es einer Mehrleistung von etwa 25 Prozent. Nach einer von Hué aufgestellten Berechnung betrug aber die Förderleistung pro Arbeiter und Stunde

im Durchschnitt des

Jahres 1913/14:	im August 1918:	im August 1919:
117 Kilo	107 Kilo	106 Kilo

Widerlegt auch diese Aufstellung die immer wieder in die Welt gesetzte Behauptung von der „Arbeitsunlust" der Bergleute — der Rückgang der tatsächlichen Leistung findet in der durch den Raubbau des Krieges verursachten Verschlechterung der Betriebsverhältnisse ausreichende Erklärung —, so zeigt sie doch auch, daß von dieser Seite her eine nennenswerte Steigerung der Produktion nicht zu erwarten ist. Von Arbeiterseite wird dem entgegengehalten, daß diese Zahlen infolge der augenblicklich sehr ungünstigen Belegschaftsverteilung kein richtiges Bild geben. Die außerordentliche Herunterwirtschaftung der Gruben im Kriege und die Notwendigkeit ihrer allmählichen Wiederinstandsetzung hat eine starke Vermehrung der nicht eigentlich produktiv tätigen, mit Reparaturen, Vorrichtungsarbeiten und sonstigen Hilfsdiensten beschäftigten Belegschaft auf Kosten der „vor Ort" arbeitenden Hauer, Lehrhauer und Schlepper, der Bergleute im eigentlichen Sinn, zur Folge gehabt. Nach der bergbehördlichen Statistik waren im Ruhrgebiet von 100 Mann der Gesamtbelegschaft im zweiten Vierteljahr 1919 nur 41.5 direkt produktiv tätig gegen 51 in der gleichen Zeit des Jahres 1913/14. Wenn also heute die Förderung pro Kopf der Belegschaft die des Jahres 1918 bereits fast wieder erreicht hat und hinter der des Jahres 1913/14 nur noch um etwa 9 Prozent zurücksteht, so bedeutet das, daß die Arbeitsleistung der für die Kohlengewinnung in

erster Linie in Betracht kommenden Arbeiterkategorie tatsächlich bereits höher sein muß als vor dem Kriege. So erfreulich das ist, es ändert nichts an der Tatsache, daß auch bei angestrengtestem Fleiß die in der Siebenstundenschicht geförderte Menge im Dezember des abgelaufenen Jahres noch immer um 28.7 Prozent hinter der des gleichen Monats 1913 zurückgeblieben ist, und daß wir zum mindesten diesen Ausfall wieder hereinbringen müssen, wollen wir nicht an der Kohlennot zu Grunde gehen.

Von Arbeiterseite wird behauptet, daß eine nicht unwesentliche Erhöhung der Förderung erzielt werden könnte, wenn wenigstens während der schlimmsten Wintermonate ein größerer Teil der mit Hilfsarbeiten Beschäftigten zur Kohlengewinnung vor Ort herangezogen würde. Von seiten der Zechenbesitzer wird das mit aller Entschiedenheit bestritten. Die Vorrichtungs- und Wiederinstandsetzungsarbeiten seien noch nicht so weit vorgeschritten, daß sie eine wesentliche Einschränkung vertrügen. Behauptung steht hier gegen Behauptung. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß die Zechenverwaltungen eine im Bereich des Möglichen liegende Vermehrung der Produktion eigensinnig oder gar böswillig verhindern, bei der einschneidenden Bedeutung, die die Frage für die Allgemeinheit hat, wäre vielleicht eine Prüfung durch eine objektiv zusammengesetzte Kommission von Sachverständigen am Platze.

Auch nicht die mindeste Möglichkeit, die Förderung zu steigern, darf ungenützt bleiben. Das um so weniger, als die Vermehrung der Gesamtbelegschaft in absehbarer Zeit nur langsam vor sich gehen kann. Seit Kriegsende hat diese eine Zunahme um etwa 65 000 Mann erfahren. Weitere Neueinstellungen verbietet vorerst die außerordentliche Wohnungsnot. Die finanziellen Mittel, ihr zu steuern, sind zwar neuerdings durch einen Sonderzuschlag auf den Kohlenpreis von 5 Mark pro Tonne sichergestellt worden, bei der trostlosen Lage, in der sich das Baugewerbe befindet, wird es aber noch eine lange Zeit dauern, ehe die erforderlichen Neubauten für Arbeiterwohnungen in genügender Zahl zur Verfügung stehen werden. Da aus ähnlichen Gründen eine Ausgestaltung der betriebstechnischen Einrichtungen der Zechen, die zum großen Teil sehr verbesserungsbedürftig sind, in dem erforderlichen Umfang fürs erste nicht zu erwarten ist, so bleibt, wie schon ge-

sagt, als einziges wirksames Mittel, unsere Kohlenversorgung wieder auf einen Stand zu bringen, der wenigstens den dringlichsten Ansprüchen der Wirtschaft genügt, die freiwillige Verlängerung der Arbeitszeit während dieses Notstandes.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Die Verkürzung der Arbeitszeit in den Bergwerken auf sieben Stunden war die logische und an sich berechtigte Konsequenz der allgemeinen Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Die Verordnung vom 23. November 1918, durch die diese erfolgte, bestimmte nur ganz allgemein, daß für alle gewerblichen Arbeiter einschließlich der im Bergbau beschäftigten die Arbeitsdauer längstens 8 Stunden betragen solle. Eine Sonderregelung für die Bergleute war darin nicht vorgesehen. Schon vor dem Kriege aber hatten diese mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Schwere ihrer Arbeitsbedingungen eine meist um 2 Stunden kürzere Arbeitszeit als die Gesamtheit der übrigen Arbeiterschaft. Daß sie auf dieses Aequivalent für die Arbeit unter Tag, die an die physische Leistungsfähigkeit besonders hohe Anforderungen stellt und die Menschen weit schneller verbraucht als jede andere Tätigkeit — die Sterblichkeitsstatistik beweist das —, nicht verzichten wollten, war begreiflich. Kluges Entgegenkommen von Seiten der Unternehmer hätte es damals vielleicht dahin bringen können, daß die Arbeiterschaft sich mit der prinzipiellen Anerkennung der verkürzten Schichtdauer begnügt und über die vertraglich festgelegte Arbeitszeit hinaus täglich eine oder anderthalb Ueberstunden verfahren hätte. Statt dessen kam es zu schweren, die gesamte Wirtschaft schädigenden Kämpfen, und erst der Streik im April 1919, der einen Ausfall an der Ruhr und in Oberschlesien von 6 Millionen Tonnen (gesamte Monatsförderung der Ruhr im November 6.17 Millionen!) verursachte, erzwang die tatsächliche Verkürzung der Arbeitsdauer auf zunächst 7½ und später auf 7 Stunden.

Die Folgen des dadurch verursachten Förderausfalls nahmen sehr rasch verhängnisvolle Dimensionen an. Die Stillegung

ganzer Industrien, die Einschränkung lebenswichtiger Betriebe, die Arbeiterentlassungen mehrten sich von Woche zu Woche in erschreckender Weise. Immer dringender wurden die Hilferufe, die aus allen Teilen des Reiches, aus allen Schichten der Bevölkerung ins Ruhrgebiet drangen. Nicht zuletzt war es die Industriearbeiterschaft selbst, die, von Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend bedroht, an die Solidarität der Bergarbeiter appellierte. Der Eindruck dieser Kundgebungen war so stark, daß die Belegschaften einzelner Zechen sich bereit erklärten, gegen Sonderzuweisung von Nahrungsmitteln Ueberschichten zu verfahren. Die bald darauf einsetzende Agitation der Radikalen gegen jede Ueberarbeit erwies sich jedoch stärker als die angerufene Solidarität der Bergleute. Die damalige Verkehrsmisere kam dieser Agitation zustatten. Unter Hinweis auf die vorübergehend angewachsenen Haldenbestände auf den Zechen gelang es ihr, die Bergleute zu überzeugen, daß die Kohlennot nicht eine Folge des Produktionsrückganges, sondern lediglich der Transportkrise sei; die Eisenbahn sei ja nicht einmal imstande, die in sieben Stunden geförderten Kohlenmengen abzufahren. So wurde die Beteiligung an den Ueberschichten von Woche zu Woche geringer, bis sie schließlich ganz einschliefen. Auf Kosten der Gesamtheit hatten Unabhängige und Kommunisten, die seit einiger Zeit den Hauptschauplatz ihrer Tätigkeit aus dem Zentrum des Reiches nach dem westdeutschen Industriegebiet verlegt hatten, einen nicht unbedeutenden Erfolg errungen, den auszubauen und zu befestigen sie sich angelegen sein ließen. Aeußere Umstände begünstigten sie dabei.

Der Bergmann selbst leidet unter dem Kohlenmangel nur indirekt. Die Deputatkohle, die er von den Werken erhält, ist zwar verringert — früher konnte er einen Teil davon verkaufen — sie reicht aber noch aus sowohl für die Bedürfnisse seiner Küche, wie für die Heizung seiner Stube. Die Notlage der anderen Bevölkerungskreise und das allmähliche Absterben allen industriellen Lebens tritt ihm nicht unmittelbar vor Augen, von Lichteinschränkungen aber, von Einstellungen des Straßenbahnverkehrs und anderen Wirkungen der Kohlennot, unter denen vor allem die großstädtische Bevölkerung im ganzen Reiche so außerordentlich leidet, ist im westdeutschen Industriegebiet merkwürdigerweise heute noch nichts zu merken. Wer aus dem dunklen Deutschland nach Essen kommt, der staunt

über die Lichtverschwendung, die dort noch immer getrieben wird, über die Regelmäßigkeit und schnelle Aufeinanderfolge, mit der die Straßenbahnen von 5 Uhr morgens bis nach Mitternacht verkehren. Während fast im ganzen Reiche die Lieferung von Gas und Elektrizität auf wenige Stunden eingeschränkt ist und die Mehrzahl der Bevölkerung dazu verurteilt ist, im Dunkeln zu sitzen, gestattet man sich in Essen und anderen westdeutschen Industrieorten noch den Luxus von Lichtreklamen, den Unfug ebenso verschwenderischer wie meist geschmackloser Beleuchtungseffekte in den zahlreichen Cafés und Vergnügungslokalen aller Art. Ist es da wirklich so sehr zu verwundern, wenn es demagogischer Verhetzung gelingt, den Bergleuten die Notschreie aus Nord und Süd und Ost als krasse Uebertreibungen, als bestellte Arbeit zur Rettung des vom Zusammenbruch bedrohten Kapitalismus zu diskreditieren?

Es ist eine eigentümliche Erfahrung, die von jedem bestätigt werden wird, der Fühlung mit der großen Masse hat: Der einzelne Arbeiter, er mag in seinen Grundanschauungen noch so radikal sein, ist jedem vernünftigen Einwand zugänglich, so lange man ihm allein gegenübersteht, in Versammlungen aber, wo das Fluidum der Masse, wo Masseninstinkte das selbständige Denken des Einzelnen auszuschalten scheinen, wird selbst der gemäßigte und besonnene Arbeiter leicht für extreme Forderungen, die er bei ruhiger Ueberlegung selbst als unerfüllbar erkennt, gewonnen.

Die Enttäuschung, die große Teile der Arbeiterschaft heute bereits über die Revolution empfinden, hilft weiterhin der kommunistisch-unabhängigen Propaganda den Boden bereiten. Wohl hat die Revolution dem Arbeiter lange vorenthaltene Rechte gegeben, hat ihm Gleichstellung im politischen wie im wirtschaftlichen Leben, die Teilnahme an Regierung und Verwaltung und ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß gebracht. Auf die Befreiung aus den wirtschaftlichen Nöten seiner Einzelexistenz aber wartet er noch heute vergebens. Was will es bedeuten, daß die Nominalhöhe seines Lohnes sich in kurzer Zeit vervielfacht hat? Schneller noch als die Löhne sind die Kosten der gesamten Lebenshaltung gestiegen. Der Arbeiter, der heute eine Erhöhung seiner Bezüge durchgesetzt hat, wird morgen bereits die deprimierende Erfahrung machen müssen, daß inzwischen auch die Güter,

die er dafür zu erstehen hoffte, automatisch in eine für ihn wiederum unerreichbare Höhe emporgeschnellt sind. So fühlt er sich jedesmal aufs neue genarrt und betrogen und ist blind und taub für die ökonomischen Zusammenhänge, die zwangsläufige Bedingtheit dieser Erscheinung, und vor allem für seine eigene Mitschuld daran: Daß nämlich, so lange nicht die Produktion selbst vermehrt wird, jede Vermehrung des papierenen Arbeitsertrages absorbiert werden muß von den steigenden Preisen der Erzeugnisse, daß nur die Steigerung der Arbeit selbst und ihre äußerste Intensivierung uns aus den Nöten einer Zeit retten könnte, deren Charakteristikum ist, daß wir buchstäblich in Geld schwimmen und doch dabei darben, hungern und frieren. Der Arbeiter wahrlich nicht allein, mit ihm die Gesamtheit der Angestellten und Beamten, der Mittelstand, Handwerker und Gewerbetreibende samt den Angehörigen der freien Berufe. Daß die schamlose Profitgier eines üppig wuchernden Schiebertums es versteht, aus der Not der Gesamtheit Kapital für den eigenen Beutel zu schlagen, und auf Kosten der anderen herrlich und in Freuden zu leben, das ist es, was die Aufklärung in Arbeiterkreisen so ungeheuer erschwert. Der Arbeiter, der als Wochenration drei Pfund Kartoffeln zugeteilt erhält und die Auslagen der Geschäfte vollgepfropft sieht mit Lebensmitteln und Leckerbissen, deren Preise für ihn unerschwinglich sind, muß schließlich radikalisiert werden. Und Unabhängige und Kommunisten haben es leicht, der Masse einzureden, es gehe auch ohne Mehrarbeit; nur darauf komme es an, das Vorhandene gerecht und gleichmäßig zu verteilen.

Der Kampf um die Sechsstundenschicht.

Jener von Demagogen des Umsturzes systematisch verbreitete Irrglaube, daß auch ohne Mehrarbeit, ohne erhöhte Leistung des Einzelnen, Rettung aus dem unerträglich gewordenen Elend unserer wirtschaftlichen Zustände möglich sei, wurzelt heute in den Köpfen der Bergarbeiterschaft des Westens bereits so fest, daß selbst die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen unverantwortlich zu nennende Propaganda für eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Schon gelegentlich des allgemeinen Bergarbeiterausstandes im April des letzten Jahres war von ultraradikaler Seite die Forderung nach Einführung der Sechsstundenschicht erhoben worden. Den Gewerkschaften gelang es damals, die Mehrzahl der Arbeiter von der Unsinnigkeit und Unerfüllbarkeit dieser Forderung, deren Verwirklichung der deutschen Wirtschaft das Grab gegraben haben würde, zu überzeugen, und die Bieleselder Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands bekannte sich zu dem Standpunkt, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht einseitig in Deutschland allein, sondern nur durch internationale Vereinbarung in allen Ländern gleichzeitig vor sich gehen könne. Das war im Juni des vergangenen Jahres, und noch im November hat die Preußische Landesversammlung auf Antrag der Bergarbeiterabgeordneten beschlossen, die Regierung aufzufordern, „dahin zu wirken, daß möglichst bald auf dem Wege internationaler Verhandlungen zunächst die 6½stündige und dann die sechsstündige Schicht für die Untertagsarbeiter international eingeführt wird. Diesem Antrag haben auch die unabhängigen Abgeordneten zugestimmt. Das hindert sie jedoch keineswegs, heute im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herumzufahren und, unbekümmert um die Folgen, den Bergleuten zu erklären, daß Deutschland die moralische Verpflichtung habe, in dieser Frage den anderen Ländern mit gutem Beispiel voranzugehen. Hué, gewiß ein kompetenter Beurteiler, schildert die verhängnisvollen Wirkungen einer plötzlichen weiteren Schichtverkürzung um eine volle Stunde in seiner wertvollen Broschüre „Volk in Not“:

„Es braucht ja nur eine verhältnismäßig geringe Minderförderung, etwa von 50 Kilo pro Mann und Schicht einzutreten, das schon bedeutet bei jetzt 450 000 Mann Belegschaft im Ruhrgebiet allein ein tägliches Manko von 22 500 Tonnen, in 25 Arbeitstagen einen Förderausfall von 562 500 Tonnen! Nur im Ruhrgebiet allein, wohlgemerkt! Und dabei sind wir mit unserer heutigen Förderung nicht imstande, zahlreiche, auch lebenswichtige Kraft- und Lichtwerke, Verkehrsanstalten, Fabriken mit der blutnötigen Kohle zu versorgen. Die Werksstillegungen häufen sich, die Zahl der Arbeitslosen ist schon jetzt erschreckend! Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß unser noch tiefkrankes Wirtschaftsleben ein derart starkes Fallen der Kohlenförderung auch nur ein Vierteljahr — gut gerechnet! — aushalten kann?!"

Und dabei ist die Mindestförderung mit 50 Kilogramm und Mann und Schicht sehr gering veranschlagt. Sie wird namentlich im Anfang vermutlich weit größer sein und den monatlichen Produktionsausfall auf 700 000 bis 800 000 Tonnen steigern. Hält man den Agitatoren für die sofortige Einführung der Sechsstundenschicht diese Zahlen entgegen, so bekommt man meist die Antwort, daß die Einschaltung einer dritten Förderschicht — heute werden meist zwei Förderschichten und eine Aufräumeschicht verfahren — alle Schwierigkeiten behoben würde. Das klingt zwar sehr einleuchtend, liegt aber für absehbare Zeit außerhalb des Bereiches jeder Möglichkeit, denn es fehlen dazu nicht nur die Menschen, — die Zahl der erforderlichen Neueinstellungen wird von sachkundiger Seite auf mindestens 150 000 beziffert —, sondern auch die Wohnungen für diese, die erst gebaut werden müssen, und die betriebstechnischen Einrichtungen, die bei einzelnen Gruben derart rückständig sind, daß noch nicht einmal die zweite Förderschicht dort eingeführt werden konnte. An eine Beschaffung der notwendigen Förderanlagen, Einrichtungen und Maschinen ist bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Industrie aber vorerst nicht zu denken.

Unter solchen Umständen kann die Agitation für die Sechsstundenschicht nicht anders denn als frevelhaftes Spiel mit dem Leben der Volksgesamtheit bezeichnet werden. Der Gedanke einer weiteren Schichtverkürzung hat die große Masse der Bergarbeiterschaft aber bereits derart fanatisiert, daß selbst die Gewerkschaften aus Furcht, einen Teil ihrer Mitglieder zu verlieren, nicht mehr wagten, ihm ernstlich Widerstand ent

gegenzusetzen. Der außerordentlich starke Zulauf, den die alten Organisationen seit der Revolution zu verzeichnen hatten, macht sich hier in geradezu verhängnisvoller Weise geltend. Die neuen Mitgliedermassen, die früher meist den „gelben" Verbänden angeschlossen oder überhaupt nicht organisiert waren, sind gewerkschaftlich noch nicht so geschult, daß sie nicht auf jedes noch so plumpe Manöver der Ultraradikalen hereinfallen, um dann den Organisationen, in denen sie zahlenmäßig überwiegen, ihren Willen aufzuzwingen. Dazu kommt dann noch die Konkurrenz der Verbände unter sich, von denen jeder glaubt, die andere überbieten zu müssen in der Vertretung der innerhalb der Arbeiterschaft laut werdenden Wünsche nach außen. In gemeinsamen Besprechungen der vier Bergarbeiterorganisationen hat man sich auf ein Kompromiß geeinigt, das die Arbeitervertreter bereits in dem von der Regierung im Sommer einberufenen Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit in den Bergwerken vorgeschlagen hatten: prinzipielle Einführung der sechsstündigen Schicht für die unter Tag Arbeitenden vom 1. Februar 1920 ab bei gleichzeitiger Verpflichtung der Arbeiter, in Anbetracht der wirtschaftlichen und sozialen Nöte weiter Volkskreise die siebenstündige Arbeitszeit bei entsprechender Wertung (die siebente Stunde als Ueberschicht) zu verfahren. In den Verhandlungen, die gegenwärtig mit den Zechenbesitzern wegen Erneuerung bezw. Erhöhung des zum 31. Januar gekündigten Tarifs geführt werden, ist diese Forderung nunmehr offiziell überreicht worden.

Diese Verhandlungen, die seit einigen Tagen in Essen zwischen den Zechenbesitzern und den Vertretern der Belegschaften um die Erneuerung des Tarifvertrages für den gesamten Kohlenbergbau im Ruhrrevier und die Neuregelung der Arbeitszeit geführt werden, entscheiden über die Zukunft der deutschen Wirtschaft, ihren Wiederaufbau oder Zusammenbruch. Nicht die immerhin begrenzten Interessen der Unternehmer und Arbeitnehmer im Bergbau, sondern Leben oder Untergang des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit stehen dort zur Diskussion. Deshalb wäre es angebracht gewesen, wenn Vertreter dieser Volksgesamtheit zur Teilnahme an den Verhandlungen zugezogen worden wären. Da es nicht geschehen ist, kann die Tatsache, daß von dem Ausgange dieser Verhandlungen Wohl und

Wehe eines Sechzigmillionen-Volkes abhängen, den Beteiligten nicht eindringlich genug vor Augen geführt werden. Auf beiden Seiten muß die in gewissen Kreisen zweifellos bestehende Neigung zur einseitigen Herauskehrung eines schroffen Entweder-oder-Standpunktes unterdrückt werden. Denn was unter allen Umständen verhindert werden muß, ist der Kampf, der Versuch einer Kraftprobe, deren Kosten Millionen Unbeteiligter durch Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend zu tragen hätten. Aeußerungen einzelner Unternehmer, daß sie eher ihre Gruben stillegen als der Einführung der Sechsstundenschicht zustimmen würden, sind nicht minder bedauerlich und verurteilenswert als die von radikalen Agitatoren gegen das Kompromiß, die Arbeiter bei prinzipieller Annahme der Schichtverkürzung zum Verfahren der siebenten Stunde als Ueberschicht zu verpflichten, bereits eifrig betriebene Stimmungsmache. Solche Scharfmachereien können auf den Gang der Verhandlungen in verhängnisvoller Weise einwirken.

Die teils auf törichte Prinzipienreiterei, teils auf bewußte Demagogie zurückzuführende Agitation gegen jegliche Art von Ueberarbeit hat denn auch bereits auf Unternehmerseite die Besorgnis ausgelöst, ein Teil der Belegschaft könne, wenn erst die Sechsstundenschicht zugestanden sei, unter Mißachtung der vertraglichen Verpflichtung die Ausfahrt nach Ablauf der regulären sechsstündigen Schichtdauer erzwingen. Und auf der anderen Seite nutzen gewissenlose Streikhetzer das Hervorkehren des Herrn-im-Hause-Standpunktes durch einzelne Zechenbesitzer dazu, den Massen die Meinung zu suggerieren, nur durch einen Generalstreik könne die Gegenseite gezwungen werden, den Arbeiterwünschen Rechnung zu tragen. So dürfen die Dinge nicht auf die Spitze getrieben werden. Nur auf dem Wege der Verständigung und des wechselseitigen Entgegenkommens läßt sich eine allen Interessen gerecht werdende Lösung finden. Der von den vier Bergarbeiterorganisationen gemachte Vorschlag wäre höchstens unter der Voraussetzung erträglich, daß die Verpflichtung zur Leistung der Ueberstunden von den Arbeitern strikte eingehalten und Kautelen gegen jeden Versuch, sich ihr zu entziehen, geschaffen werden.

Die Notwendigkeit vermehrter Arbeitsleistung.

Ueber diese sieben Stunden hinaus aber muß versucht werden, auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung die Bergarbeiterschaft zu weiteren Mehrleistungen zu gewinnen. Denn auch die siebenstündige Arbeitszeit reicht ja nicht aus, um nur den allerdringlichsten Bedarf an Kohle zu fördern. Das Opfer, das den Bergleuten damit zugemutet wird, ist groß und schwer. Wir sind uns der vollen Tragweite dessen bewußt, was es heißt, in einem Moment, da die Bergarbeiterschaft ihre Forderung auf den Sechsstundentag geltend macht, der Wiedereinführung einer über sieben Stunden hinausgehenden Arbeitszeit das Wort zu reden. Wir sind aber auch überzeugt, daß bei der überwiegenden Mehrheit der Bergleute der Appell an die Solidarität, an ihre Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit nicht auf taube Ohren stoßen wird, wenn ihnen erst die ganze Größe dieser Verantwortung zum Bewußtsein gebracht wird. Daran aber hat es bisher gefehlt.

„Der unselige Krieg," klagt Hué, „hat die Menschen erschreckend abgestumpft gegen fremdes Leid und untereinander mißtrauisch gemacht. Zahlreiche Bergleute hören noch immer ungläubig zu, wenn ihnen die bereits eingetretenen schlimmen Folgen der Kohlennot selbst von den davon betroffenen Industriearbeitern geklagt werden." So ist es in der Tat. In Anknüpfung an die Aeußerung Noskes, die Regierung würde verbrecherisch handeln, wenn sie Machenschaften untätig zusehen würde, die unbedenklich das Chaos im Lande schaffen wollen, schrieb die „Frankfurter Zeitung" dieser Tage: „Die Frage sei, ob diese Regierung selbst nicht vielfach untätig zugesehen habe zu einer Zeit, als man noch mit anderen Argumenten als mit Verhaftungen und Verboten tätig sein konnte. Hier im Ruhrgebiet ist solches Versäumnis offenkundig. Mit der Entsendung von Regierungskommissaren ist herzlich wenig getan. Hätte man statt dessen Vertreter der Bergleute hinausgeschickt über das ganze Reich, damit sie sich aus eigenem

Augenschein hätten überzeugen können von der durch den Rückgang der Kohlenförderung verursachten Not, das Ergebnis wäre sicher ein anderes gewesen. Und zu solch praktischem Anschauungsunterricht hätte man gerade die Radikalsten unter den Bergleuten, hätte man die lautesten Schreier und Streikhetzer heranziehen sollen. Sie wären, hätten sie erst das Elend der Arbeitslosigkeit und des Hungers, die frierenden Frauen und Kinder in den Großstädten gesehen, doch mit anderen Erkenntnissen nach Hause zurückgekehrt, und die Bergarbeiterschaft wäre heute weit leichter von der absoluten Notwendigkeit vermehrter Arbeitsleistung zu überzeugen.

In Schlesien, in Sachsen, in Mitteldeutschland werden seit Monaten schon von einer ganzen Reihe Belegschaften freiwillige Ueberschichten verfahren, deren Förderergebnis meist direkt der notleidenden Bevölkerung der umliegenden Ortschaften zugute kommt. Wir vermögen es nicht zu glauben, daß die Solidarität der Ruhrbergleute, daß ihr Mitgefühl für die Not der eigenen Klassengenossen und ihre Opferbereitschaft zurückstehen sollte hinter der ihrer mitteldeutschen Kameraden. Von jenseits der Grenze kommt, wie die Morgenröte eines jungen Tages, die Wiederversöhnung der Völker kündend, Botschaft von einem einstimmig gefaßten Beschluß der belgischen Arbeiterschaft, zugunsten der hungernden Wiener Kinder täglich auf einen Stundenverdienst zu verzichten. Das Opfer, das belgische Arbeiter den Feinden von gestern bringen, sollten deutsche Arbeiter den eigenen Volksgenossen weigern?

Nicht ohne Gegenleistung darf dieses Opfer gefordert werden. Dem Verlangen der Bergarbeiter nach zeitgemäßer Lohnverbesserung muß, soweit es angeht, entsprochen werden. Die Unternehmer scheinen dazu durchaus bereit: die Abwälzung auf die Weiterverarbeiter ist ja heute ohne Schwierigkeit durchzusetzen. Freilich wird nachgerade auch die Höhe der Kohlenpreise verhängnisvoll. Aber teure Kohlen sind immer noch besser als gar keine. Der Bergmann, dessen Arbeit außerordentliche physische Kräfte beansprucht, muß in die Lage versetzt werden, sich reichlicher ernähren zu können als bisher. Täuschen wir uns doch nicht: der Durchschnittslohn von etwa 28 Mark, den heute der Bergmann verdient, mag es dem Unverheirateten ermöglichen für Zigaretten, Alkohol und andere ent-

behrliche Dinge mehr Geld auszugeben, als er früher für seine gesamte Lebensführung brauchte, und eine Arbeiterfamilie, in der außer dem Vater noch andere Familienglieder mitverdienen, wird auch einmal ein Pfund Butter und einen Zentner Kartoffeln im Schleichhandel erstehen können. Aber die große Mehrzahl der Arbeiter, namentlich die kinderreichen, führen ein außerordentlich kümmerliches Dasein.

Muß doch heute eine sechsköpfige Familie im Industriegebiet allein für die rationierten Lebensmittel 75,36 Mark pro Woche bezahlen. Rechnet man für unbedingt notwendige Zusatzlebensmittel nur 1 Mark pro Kopf und Tag, — bei den heutigen Preisen sicherlich keine allzu hohe Summe —, so übersteigen die Ausgaben nur für die Ernährung über 100 Mark in der Woche. Gewiß, bei der furchtbaren Verarmung, der das ganze deutsche Volk anheimgefallen ist, sind die Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenshaltung außerordentlich gering. Aber was geschehen kann, muß getan werden. Es muß vor allem eine Möglichkeit gesucht und gefunden werden, durch die Wiedereinführung von Sonderzuweisungen an Lebensmitteln die Bergleute physisch in den Stand zu setzen, die geforderte Mehrarbeit zu leisten und gleichzeitig einen besonderen Anreiz zum Verfahren von Ueberschichten zu schaffen. Das Fiasko der sogenannten „Butterschichten" im vergangenen Sommer, das dagegen ins Feld geführt werden könnte, ist keineswegs schlagend. Die anfänglich starke Beteiligung daran ließ nur deshalb so rasch nach, weil der Bergmann mit den zugeteilten Fettrationen nichts anzufangen wußte ohne Brot und Kartoffeln. Nur durch ausreichende Belieferung mit diesen beiden Hauptnahrungsmitteln werden die Belegschaften für Ueberstunden zu gewinnen sein, und deshalb muß sie erfolgen, selbst wenn es vorübergehend auf Kosten der Gesamtbevölkerung geschehen müßte.

*

Nur von der Erhöhung der Kohlenproduktion kann der Anstoß zur Besserung unserer verzweifelt gewordenen wirtschaftlichen Lage, unserer zu einer Katastrophe drängenden Lebensmittelversorgung kommen. Noch liegt ein großer Teil der vorjährigen Ernte ungedroschen, weil die Betriebsmittel für die Dreschmaschinen fehlen; in den zur Stillegung gezwungenen

Zuckerfabriken faulen hunderttausende Zentner von Rüben. Es fehlt an Dünger für die Frühjahrsbestellung, weil Dutzende von Kalibergwerken wegen Kohlenmangels feiern müssen. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande aber wird immer kleiner, weil wir nichts mehr haben, womit wir sie bezahlen können, weil die in ihrer Produktionsfähigkeit gehemmte Industrie die nötigen Ausfuhrartikel nicht mehr herzustellen vermag. Und dabei sind die Fabriken geradezu überschwemmt mit Aufträgen aus dem Ausland. Bestellungen im Werte von vielen Milliarden, die dem ganzen deutschen Volke auf Monate Arbeit und Brot geben könnten, liegen unausgeführt, weil die Werke infolge der eingeschränkten Kohlenbelieferung nur wenige Stunden am Tage arbeiten können. Dabei ist es erstaunlich, wie weit trotz der Ungunst der Zeit und schier unüberwindlicher Widerstände in der gesamten Industrie die Umstellung von der Kriegswirtschaft auf die Friedensarbeit bereits gelungen ist. Wo Jahrzehnte lang Geschütze, Granaten und Panzerplatten, die furchtbaren Werkzeuge der Zerstörung, geschmiedet wurden, verlassen heute Lokomotiven, Eisenbahnwagen, landwirtschaftliche Maschinen, Motoren und andere Erzeugnisse, die dem Wiederaufbau zu dienen bestimmt sind, die Werkstätten, der Tüchtigkeit der Werksleitungen wie der Arbeiterschaft ein gleich hervorragendes Zeugnis ausstellend. Nur an der Kohle fehlt es, um diese Produktion fruchtbar zu machen. In der Hand der Bergarbeiterschaft liegt heute das Schicksal des gesamten Volkes. Möge sie sich, ehe es zu spät ist, der ganzen Tragweite dieser Verantwortung bewußt werden und danach handeln.